

REZENSIONEN

Ingrid Kurz-Scherf, Julia Lepperhoff, Alexandra Scheele (Hg.)

Feminismus: Kritik und Intervention

CLAUDIA BRUNNER

„Wozu noch oder wieder ‚feministische Wissenschaft‘?“ (148) fragt eine der 18 AutorInnen dieses Bandes mit Beiträgen zur wissenschaftlichen und politischen Relevanz von Feminismus. Im weit ausdifferenzierten Feld der Gender Studies positionieren die Herausgeberinnen bewusst den Begriff des Feminismus, der immer wieder in die „Schusslinie“ nicht nur anti-, sondern auch innerfeministischer Debatten gerät. Damit kennzeichnen sie deutlich die Absicht des Buches: „Kritik und Intervention als Modus feministischer Bewegung“ (291). Kritik wird an bestehenden Ungleichheitsverhältnissen ebenso geübt wie an bisherigen Entwicklungen des Feminismus selbst. Dementsprechend richtet sich die Intervention des Buches ebenso an alle (Politik)Felder, in denen asymmetrische Macht stets neu hergestellt wird wie an die „Gender-Binnendebatte“ selbst. Diese Komplexität wird in drei Hauptabschnitten dargelegt:

Teil I eröffnet „Perspektiven der feministischen Kritik“ (23) und stellt mit den politikwissenschaftlich fundierten Beiträgen aus den Feldern der Multidisziplin Gender Studies das theoretische Herzstück des Bandes dar. Erst über die in der feministischen Debatte nicht nur mit Freuden angenommenen Interventionen aus dem Feld der Queer Studies, der Postcolonial Studies und der einst von Schwarzen Feministinnen eröffneten Intersektionalitätsdebatte kann ein umfassender Eindruck über die Herausforderungen und Schwierigkeiten, aber auch über die Potenziale und Reichtümer des Feldes gewonnen werden. Diese werden mit dem vorangestellten Beitrag über die Zusammenhänge von Kapitalismus, Rassismus und Patriarchat von *Ingrid Kurz-Scherf* auch in ihrer brennenden Aktualität gewichtet. *Julia Roßhart* erklärt schwungvoll, worin produktive Anschlussstellen zwischen queeren und feministischen Kritiken liegen und was beide voneinander lernen können. *María do Mar Castro Varela* und *Nikita Dhawan* stellen eindrucksvoll dar, worin die Kraft sozialwissenschaftlich fundierter feministisch-postkolonialer Perspektiven besteht und wie trickreich sich „verflochtene Patriarchate“ (67) für feministische Positionierungen selbst erweisen, zumal diese nicht jenseits eurozentrischer und kolonial geprägter Wissens- und Machtregime artikuliert werden können. Daran schließt *Birgit Rommelspachers* Beitrag über die intersektional verfassten Organisationsprinzipien von Ungleichheit an.

„Kontroverse Interventionen“ (97) insbesondere in Deutschland werden in Teil II an chronologischen Beispielen dargelegt. Vom Verhältnis von Feminismus zur zweiten Frauenbewegung (*Renate Niekant*) über die Umsetzung von Frauen- und Gleichstellungspolitiken und die Frage, ob gesellschaftlicher Wandel durch feministische Positionierungen innerhalb androzentrischer und maskulinistischer Institutionen erreicht werden kann (*Clarissa Rudolph*), bis hin zur Weiterentwicklung dieses Weges in Antidiskriminierungs- und Diversitätspolitik (*Julia Lepperhoff*) spannt sich der Bogen. Daraufhin fragt *Tina Jung*, wozu feministische Wissenschaft heute überhaupt gut sei. Sie bietet damit eine hilfreiche Differenzierung unterschiedlicher Strömungen innerhalb des Forschungsfeldes und dessen, was vor dem Hintergrund der zunehmenden Ausdifferenzierungen wiederum als feministische Wissenschaft reartikuliert werden könnte. Ergänzend schließt sich ein Beitrag über „[a]mbivalente Gewinne“ (174) bisheriger kritischer Männerforschung an (*Patrick Ehnis/Sabine Beckmann*), der die Frage nach der Relevanz und Verortung feministischer Wissenschaft umso wichtiger erscheinen lässt.

In Teil III erfolgt die Analyse einiger Umsetzungsversuche des bisher Gesagten in unterschiedlichen Politikfeldern, die auf die eine oder andere Weise wiederholt auf die alte und immer noch ungelöste Frage nach Haupt- und Nebenwiderspruch verweisen, nämlich auf die vielfältigen Segregationen entlang der fortwährend neu verschobenen Grenzbereiche zwischen Privatheit und Öffentlichkeit in Bezug auf Partizipation auf dem Arbeitsmarkt. Diese Problematik wird in den Beiträgen zu Erwerbsarbeit (*Alexandra Scheele*), zu prekären Beschäftigungsverhältnissen (*Alexandra Wagner/Franziska Wiethold*) und zur Organisation von Fürsorgearbeit (*Diana Auth*) diskutiert. Deren internationale Dimension, in Konzept und Beiträgen oft vermisst, wird von *Birgit Sauer* (zu Migration und Zugehörigkeitspolitiken) und von *Uta Ruppert* (zur Frage nach globaler Gerechtigkeit und transnationalem Feminismus) aufgegriffen. Abgerundet wird dieser Abschnitt durch die Forderung nach der geschlechtergerechten Demokratisierung des androzentrischen Konzepts von Demokratie (*Anja Lieb*).

Gerahmt wird die sorgfältige Anordnung der Texte einleitend von einem angriffs-lustigen Auftakt, in dem die Herausgeberinnen von gegenwärtigen Antifeminismen als „stabile(r) Grundhaltung in modernen Gesellschaften“ (7) ausgehen und deren bestsellerfähigen Ressentiments zu Leibe rücken. Im abschließenden Kapitel plädieren die Herausgeberinnen für die „Wiederaufnahme eines umkämpften Projekts“ (278) und denken über Anforderungen an einen „neuen Feminismus“ im 21. Jahrhundert nach. Irritierend ist allerdings die unangekündigte Einführung des umstrittenen Paradigmas der Moderne, in deren Rahmen sich Feminismus künftig (wieder) verorten sollte. Dieses Fazit stellt insofern einen Bruch mit Teilen der vorangegangenen Argumentation dar, als es erstens nicht in den kritischen Debatten um die Moderne selbst verortet wird und damit zweitens außer Acht lässt, wie maßgeblich Diskurse um die „Befreiung der Frau“ in die Unterdrückungsmechanismen der Moderne selbst eingelassen sind. Somit ist zwar die These von der unvermeidbaren „Widersprüchlichkeit

und Ungleichzeitigkeit“ (15) feministischer Theoretisierungen und Praktiken auch im Buch selbst bestätigt – doch das ist noch kein Argument, die Anstrengungen um die Utopien und Realisierungsmöglichkeiten feministischen Denkens und Handelns aufzugeben. Ganz im Gegenteil: Die Vielfalt der hier schlüssig nachvollziehbaren theoretischen Positionen und politischen Praktiken, die bereits erreichten Erfolge in Bezug auf Frauenförderung und Diversity Politics in zahlreichen Berufsfeldern und die zunehmend auch außerhalb der feministischen Debatte festzustellende Einsicht, dass Geschlechterfragen keine nebensächlichen sind, bietet heute mehr Möglichkeiten denn je, sich feministisch zu positionieren und BündnispartnerInnen zu finden. Feminismus ist Herrschaftskritik, soziale Bewegung, Wissensprojekt und politische Praxis. Die vorliegende Publikation ist in dieser Komplexität eine kräftige Wegbegleiterin. Dazu also noch immer oder schon wieder feministische Wissenschaft!

Ingrid Kurz-Scherf, Julia Lepperhoff, Alexandra Scheele (Hg.), 2009: Feminismus: Kritik und Intervention. Münster: Westfälisches Dampfboot, 299 S., ISBN 978-3-89691-777-5.

Penny Griffin

Gendering the World Bank. Neoliberalism and the Gendered Foundations of Global Governance

GÜLAY ÇAĞLAR

Die Weltbank steht seit nunmehr vier Dekaden im Mittelpunkt der feministischen Kritik. Viele Arbeiten beschäftigen sich vor allem mit den geschlechterpolitischen Strukturen und Handlungsspielräumen innerhalb der Weltbank und den vorherrschenden Gender-Ansätzen in den Programmen und Projekten. Das Buch von Penny Griffin setzt sich von den bestehenden Analysen der Weltbank ab – nimmt sie doch eine diskurstheoretische angeleitete und queere Untersuchung der Weltbank vor. Mit dieser theoretischen Perspektive zielt sie darauf ab zu zeigen, in welcher Weise die Weltbank durch die Verknüpfung eines neoliberalen und heteronormativen Entwicklungsdiskurses die Sexualität von Frauen und Männern reguliert und diese dadurch neoliberal in die globale Ökonomie einbindet. Ihre übergeordnete Zielsetzung ist es zu beweisen, dass der Kategorie Geschlecht eine konstitutive Rolle in der globalen politischen Ökonomie zukommt (1).

Das Buch ist in zwei Abschnitte mit jeweils drei Kapiteln unterteilt. Während im ersten Abschnitt die theoretischen Prämissen, die methodische Vorgehensweise und die Weltbank sowie die Charakteristika ihrer ökonomischen Ausrichtung vorgestellt werden, widmet sich der zweite Abschnitt detailliert den „gendered foundations“ der Weltbank-Politik. Die empirische Analyse basiert auf Dokumenten und Interviews.

Von den insgesamt zehn Interviews wurden sieben in der Weltbank geführt. Griffin hebt hervor, dass die Interviews in der Weltbank verdeutlichten, dass die Weltbank nicht monolithisch sei, sondern im Gegenteil, von Widersprüchen und internen Konflikten geprägt sei (26).

Griffin beginnt ihre Ausführungen zur Weltbank im zweiten Kapitel mit einer ausführlichen Kritik an ökonomischen Konzepten, wie etwa denen der Rationalität und Effizienz, die der Weltbankpolitik zugrunde liegen. Sie zeigt, dass diese Konzepte, die ein zentraler Bestandteil des neoliberalen Diskurses sind, auf geschlechtsspezifischen Annahmen ruhen. Nun ist diese Erkenntnis nicht neu. Ein Novum ist jedoch, dass Griffin ihr Augenmerk auf den Zusammenhang zwischen der neoliberalen und heteronormativen Ausrichtung der Weltbank legt: Der neoliberale Diskurs der Weltbank – so die zentrale These von Griffin – begründe und reproduziere heteronormative Geschlechtsidentitäten, denen jeweils eine spezifische Rolle und Bedeutung in der globalen Ökonomie zugewiesen werde (44). Die von der Weltbank vorausgesetzten Charakteristika des ökonomischen Handelns – etwa Produktivität – seien männlich konnotiert, setzten jedoch gleichzeitig stets das Andere, das „Weibliche“ und ökonomisch unproduktive bzw. reproduktive Handeln voraus. In der Weltbank gelte es, die mit der Reproduktionsarbeit verbundenen Eigenschaften, wie die der sozialen Verbundenheit und Zuverlässigkeit, zu fördern, marktwirtschaftlich zu nutzen und gleichzeitig Frauen ein wettbewerbsorientiertes Handeln zu vermitteln. Im dritten Kapitel geht Griffin auf die Struktur, die Entscheidungsprozesse und die Organisationskultur der Weltbank ein. In Hinblick auf die Organisationskultur stellt Griffin fest, dass die Weltbank stark von einer „sektoralen Fragmentierung“ (101) geprägt ist. Das heißt, die Weltbank ist keine homogene Organisation, sondern es bestehen deutliche Divergenzen im Selbstverständnis sowie in der Arbeitsweise zwischen Abteilungen, die eher mit dem ökonomischen „Kerngeschäft“ befasst sind und jenen, die für soziale Themen (hierzu zählt z.B. auch Umwelt) zuständig sind.

Im vierten Kapitel rekapituliert Griffin die Entwicklung des frauen- und geschlechterpolitischen Ansatzes vom Women-in-Development-Ansatz (WID) zum Genderand-Development-Ansatz (GAD). Sie zeigt, dass dem GAD-Ansatz die Vorstellung von einer natürlichen binären sexuellen Differenz zugrunde liegen – und dies, obwohl gender in den Weltbank-Dokumenten stets als soziales Konstrukt dargestellt werde. Entsprechend sei – so die Kritik – ein heteronormatives Verständnis von „gender-as-sex“ (134) in die Entscheidungsprozesse der Weltbank eingeschrieben. Im fünften Kapitel zeichnet Griffin nach, wie die Weltbank diskursiv die Formierung einer „normalen“ ökonomisch aktiven sowie biologisch reproduktiven Person reguliert. Die Weltbank ordne das Verhalten von Menschen „according to hierarchical and heterosexual binaries (...), based on men’s ‚natural‘ inclination towards the productive economy against women’s essentially reproductive inclinations“ (153f.). So werde Männern die Rolle des rational unternehmerischen Akteurs zugeschrieben, während die marktwirtschaftlichen Aktivitäten von Frauen stets mit dem Ziel der Humankapitalerhöhung verknüpft würden.

Im sechsten Kapitel widmet sich Griffin den Weltbank-Aktivitäten zu HIV/AIDS in Afrika südlich der Sahara. Dieses Kapitel kommt angesichts der vorangegangenen Ausführungen etwas unvermittelt und hat einen eher cursorischen Charakter. Griffin misslingt es bedauerlicherweise, eine Verbindung zu den vorherigen Analyseergebnissen herzustellen.

Obwohl das Buch viele Redundanzen aufweist, gelingt es Penny Griffin am Beispiel der Weltbank zu zeigen, dass der Kategorie Geschlecht eine konstitutive Rolle in der globalen politischen Ökonomie zukommt.

Penny Griffin, 2009: *Gendering the World Bank. Neoliberalism and the Gendered Foundations of Global Governance*. Basingstoke, New York: Palgrave Macmillan, 243 S., ISBN 978-0-230-21827-7.

Lena Correll

Anrufungen zur Mutterschaft. Eine wissenssoziologische Untersuchung von Kinderlosigkeit

JULIA DIEKÄMPER

Walter Mixas aktuelle Verfehlungen im Zusammenhang mit Missbrauchsfällen in der katholischen Kirche machen seine vergangenen Sünden beinahe vergessen. Beinahe: Indem er Frauen, die sich für eine frühe außerhäusliche Betreuung ihrer Kinder entscheiden, als „Gebärmaschinen“ diffamierte, spielte er vor kurzem auf der staubigen Klaviatur antiquierter Vorstellungen. Doch die „unheimliche“ Zustimmung, die sich in die Empörung über Mixas Äußerungen mischte, offenbarte, dass die Welten, in denen Frauen auf ihre Rolle als Hausfrau und Mutter festgelegt werden, so fern nicht sind. Tatsächlich entspricht das Leben in einer (heterosexuellen) Kleinfamilie nach wie vor der gängigen gesellschaftlichen Norm. Und das Leben von Frauen ohne Kinder bewegt sich dementsprechend auch heute noch jenseits davon.

In ihrem Buch lotet Lena Correll das komplexe Verhältnis von gesellschaftlicher Erwartung und individuellem Lebensentwurf aus. Das führt sie zu dem Befund, dass die allseits propagierte Pluralisierung von Lebensmöglichkeiten keineswegs so weitreichend gültig ist, wie dies die VertreterInnen postmoderner Gesellschaftstheorien unterstellen. Um die Beziehung zwischen öffentlichen Normen und privaten Lebensentwürfen zu beschreiben, macht Correll Louis Althusser's Begriff der *Anrufung* fruchtbar. Mit ihm hatte Althusser die Doppelseitigkeit der Subjektconstitution markiert: Auf der einen Seite werden Konventionen angerufen, diese müssen aber auf der anderen Seite auch angenommen werden, um ihre Bedeutung als Konvention zu behalten. Bezogen auf die Mutterschaft geht es Correll um die Aneignung gesell-

schaftlichen Wissens im Zusammenhang mit der Wirkungsweise und der Internalisierung von Diskursen.

Corrells Entscheidung, im Kontext der Kinderlosigkeits-Debatten explizit die Frauen in den Blick zu nehmen, erklärt sie zu Recht mit der ihnen nach wie vor zugeschriebenen generativen Verantwortung. Frauen werden zwar nach wie vor zur Mutterschaft „angerufen“. Jedoch führt diese Anrufung nicht zwangsläufig zur Unterwerfung unter die Norm, denn offensichtlich gibt es viele Frauen, die keine Kinder haben. Wenngleich die Entscheidung gegen eine (biologische) Mutterschaft nichts Neues ist, so erschallt doch das heutige demographische Wehklagen mit besonderem, statistischem Nachdruck. Steht Kinderlosigkeit öffentlich zur Disposition, dann kommen neben ungeborenen Kindern auch die Alten und Greise in den Blickpunkt. Bleiben die einen aus, geht es den anderen schlecht. Das ist Grund genug für ein allgemeines Interesse am Nachwuchs jenseits des individuellen Begehrens. Mit dem demographischen Krisenszenario – so Correll – erhält die Anrufung eine bevölkerungspolitische Dringlichkeit.

Die Fortpflanzungsmedizin trägt dazu bei, dass es insbesondere für Frauen kaum schlüssige Begründungen zu geben scheint, sich dem pronatalistischen Imperativ zu entziehen. Die medizinische Arbeit an der Mutterschaft setzt dabei jedoch den Kinderwunsch der Frauen immer schon voraus. Neben die Biologie gesellt sich in öffentlichen Begründungszusammenhängen für das Ausbleiben von Kindern allenfalls noch die Ökonomie. Correll widerlegt dieses Argument, indem sie empirisch an Frauen in den sicheren Beschäftigungsverhältnissen des Öffentlichen Dienstes zeigt, dass die Entscheidung gegen Nachwuchs oft nicht aufgrund mangelnder monetärer Möglichkeiten getroffen wird. Vielmehr handele es sich um eine bewusste Wahlentscheidung gegen eigene biologische Kinder, oder, wie es eine der Interviewten ausdrückt: „Es ruft nichts nach mir.“ (178).

Correll analysiert zweierlei Quellen: Sie rekonstruiert familienpolitische und institutionelle Wissensvorräte, wie z.B. Regierungserklärungen und Verwaltungsverordnungen zwischen 1950 bis 2005. Und sie führte zwischen 2003 und 2005 Interviews mit Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung, wobei sie mit vier Frauen im Anschluss vertiefend über deren Lebenswelt und Lebensdeutung sprach. In ihrer Gesprächsanalyse verdeutlicht Correll, inwiefern die Norm, Kinder zu bekommen, auf Individuen – und insbesondere auf Frauen – wirkt, die aufgerufen sind, ihre Lebensentscheidung zu hinterfragen. Mit einer solchen Fokussierung gewinnt Correll auch methodisch einen mehrdimensionalen Zugang, der einerseits in einer wissenssoziologischen Diskursanalyse des vorgefundenen Materials besteht und andererseits die selbstgenerierten Interviews einer hermeneutischen Sequenzanalyse unterzieht (62). Der Gewinn der Analyse liegt in einem differenzierteren Blick auf die heterogene Gruppe der Kinderlosen: Zwischen einem (bewussten) Lebensentwurf mit Kindern, etwa in Form von sozialer Elternschaft, einem Leben ohne Kind und einem Lebensentwurf ohne Kinder. Um solche Lebensentwürfe leb- und sagbar zu machen, bedarf es mehrerer Normen nebeneinander. Das ist auf der einen Seite durch staatli-

che Anerkennung möglich. Entsprechende Rahmenbedingungen fächert die Arbeit auf. Auf der anderen Seite aber bedarf es eines Klimas, in dem wir uns auf Normen beziehen, diese durch ständige Wiederholung bedienen und mit der Zeit verändern. Das ist Arbeit und vor allem braucht es mehr Zeit und Zähigkeit als in den als flexibel unterstellten sozialen Verhältnissen allzu oft angenommen wird.

Lena Correll, 2010: Anrufungen zur Mutterschaft. Eine wissenssoziologische Untersuchung von Kinderlosigkeit. Münster: Westfälisches Dampfboot [Arbeit - Demokratie - Geschlecht, 13]. 330 S. 978-3-89691-787-4.

Gabriele Dietze, Claudia Brunner, Edith Wenzel (Hg.)

Kritik des Okzidentalismus. Transdisziplinäre Beiträge zu (Neo-)Orientalismus und Geschlecht

RONJA EBERLE

Seit den Terroranschlägen am 11. September 2001 wird Samuel Huntingtons These vom „Kampf der Kulturen“ zwischen dem Islam und dem Westen vielerorts als neue Weltordnung postuliert. Vorliegender Sammelband ist aus der Konferenz „De/Konstruktionen von Okzidentalismus“ des Berliner Graduiertenkollegs „Geschlecht als Wissenskategorie“ von 2007 hervorgegangen und nimmt das Phänomen der neuen Weltordnung zum Ausgangspunkt. Anders als bei Huntington wird hier die neue Weltordnung allerdings nicht als bestehendes, lediglich zu beschreibendes Phänomen verstanden, sondern vielmehr als einen Effekt von Differenzierungsprozessen, die eine Neuordnung der Welt systematisch hervorbringen.

Vier übersichtlich gehaltene Kapitel bieten zunächst eine gelungene Orientierungshilfe in dem theoretisch voraussetzungsvollen Themenkomplex. Im ersten Kapitel nehmen die Herausgeberinnen *Gabriele Dietze*, *Claudia Brunner* und *Edith Wenzel* einführende politische und theoretische Kontextualisierungen sowie Begriffsbestimmungen vor. Okzidentalismus wird im Anschluss an Fernando Coronil und Walter Dignolo als westliche Repräsentation kultureller Differenz definiert, die kontinuierlich neue Vorstellungen eines okzidentalischen Selbst hervorbringt, welche einem orientalischen Anderen gegenübergestellt wird. Gegenwärtige Grenzziehungs- und Selbstvergewisserungsprozesse assoziieren den Westen mit Aufklärung, Toleranz und Emanzipation, wobei dem Islam spiegelbildlich negativen Eigenschaften zugewiesen werden. Wie die Autor_innen an Debatten zu Ehrenmorden und islamischen Kopftüchern zeigen, nehmen Geschlecht und Sexualität als politische und interdependente Kategorisierungen in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle ein. Okzidentalismuskritik versteht sich als systematische Aufmerksamkeit gegenüber diesen Prozessen.

Das zweite Kapitel umfasst sechs Aufsätze, die, so auch der Titel, „okzidentalistischen Praktiken der Gegenwart“ nachgehen. *Daniela Marx* legt mit „Feministische Gegenstimmen? Aushandlungen westlich-abendländischer Identität in Auseinandersetzungen mit ‚dem Islam‘“ eine Länder vergleichende Studie zu den Niederlanden und Deutschland vor, die okzidentalistische Selbstvergewisserungsprozesse und deren antimuslimische Rassismen in feministischen Texten analysiert.

Mit historischen Okzidentalismen befassen sich vier weitere Beiträge unter dem Titel „Präsente Vergangenheiten“ im dritten Kapitel. Dort geht z.B. *Isabell Lorey* in „Die Immunität Jesu. ‚Lépra‘ und Lepra von der Bibel bis ins Mittelalter“ am Beispiel Lepra der Bedeutung von Krankheit, Seuche und Ansteckung für die Konstituierung politischer Kollektive und Identitäten nach. Anschließend an Michel Foucault versteht Lorey den Umgang mit Leprösen als paradigmatisch für gesellschaftliche Ausschlussprozesse des christlichen Okzidents. Allerdings belegt sie an verschiedenen Bibelstellen, dass gesellschaftspolitische Ausschlussmechanismen für das europäische Christentum in Spätantike und Mittelalter differenzierter betrachtet werden müssen, da sich mit der Entstehung des Neuen Testaments eine Vorstellung von Immunisierung etabliert, die Lepröse als Andere in die Gesellschaft reintegriert. Aktuelle Beispiele ausgrenzender Einschlüsse okzidentalistischer Gemeinschaftsbildungen lassen sich an *Yasemin Yildiz* Gegenwartsanalyse zu (alltags) sprachlichen Adressierungen nachvollziehen.

Der Band schließt mit theoretischen Überlegungen ab, die dem Verhältnis der Forschungsperspektive Okzidentalismuskritik zu anderen kritischen Theorien wie Queer Studies, Critical Whiteness Studies und Postkolonialer Theorie nachspüren. Mit überwiegend transdisziplinären Perspektivierungen überzeugt der Sammelband durch enorme Vielschichtigkeit, tiefenscharfe Analysen sowie ausgewogene Zusammenstellungen von theoretischen Ausführungen und Analysebeispielen. Einerseits zeigen die Beiträge den Konstruktionscharakter westlich-abendländischer Kollektividentitäten über Abgrenzungen zu einem vermeintlich orientalistischen Anderen auf und intervenieren so in okzidentalistische Diskurse abendländischer Hegemonieproduktion. Andererseits gehen sie der Bedeutung dieser Konstruktionen für alltägliche Rassismen und gesellschaftspolitischen Ausschlussprozessen nach. Besonders der historische Teil zeigt, dass Huntingtons vermeintlich neue Weltordnung über Mechanismen der Homogenisierung, Ausgrenzung und Dichotomisierung hervorgebracht wird, die historisch betrachtet alles andere als neu sind. Dabei werden neue Denk- und Diskussionsräume eröffnet, die auf weitere Arbeiten hoffen lassen.

An deutliche Grenzen kommt die anglo-amerikanisch geprägte Perspektivierung Okzidentalismuskritik nach wie vor in ihrem Anspruch, deutsche Hegemoniediskurse, Identitätskonzeptionen und neuen Antisemitismus nach dem Ende des so genannten Kalten Krieges zu analysieren. So steht etwa eine konzeptionelle Verankerung von Antisemitismusanalysen in die Okzidentalismuskritik weiterhin aus, was auch die Herausgeberinnen selbst betonen. Mit dem an sich spannenden Beitrag von *Lisa Lampert-Weissig*, die gemeinsame historische Wurzeln von Frauenfeindlichkeit und

Antisemitismus untersucht, platziert der Band das Thema wiederum genau dort, wo deutsche Schlussstrichdebatten Antisemitismus am Liebsten sehen: in der Geschichte.

Gabriele Dietze, Claudia Brunner, Edith Wenzel (Hg.), 2010 [2. Auflage]: Kritik des Okzidentalismus. Transdisziplinäre Beiträge zu (Neo-)Orientalismus und Geschlecht. Bielefeld: Transcript, 318 S., ISBN 978-3-8376-1124-3.

Christine Löw

Frauen aus der Dritten Welt und Erkenntniskritik? Die postkolonialen Untersuchungen von Gayatri C. Spivak zu Globalisierung und Theorieproduktion

ELISABETH FINK. JEANETTE EHRMANN

„Postkoloniale Untersuchungen sind en vogue“ (9), so Christine Löw in ihrer 2009 erschienenen Monografie über die postkolonial-feministische Theoretikerin Gayatri Chakravorty Spivak. Trotz des verstärkten Interesses an postkolonialer Theorie in der deutschsprachigen Wissenschaft wird das Werk Spivaks jedoch nur zögerlich rezipiert, gilt es doch vielen als schwer zugänglich und eklektisch. Überdies wird bemängelt, dass Spivaks Überlegungen trotz des herrschaftskritischen Anspruchs für konkrete emanzipatorische Praxis irrelevant seien – oder diese gar paralyisierten –, da die Sprache zu komplex sei und jede Form des politischen Handelns radikal infrage gestellt werde. Vor diesem Hintergrund ist es das große Verdienst von Löw, die hohe wissenschaftliche wie politische Relevanz des Spivakschen Denkens in ihrer detailreichen und thematisch breit angelegten Dissertation der deutschsprachigen akademischen Öffentlichkeit aufzuzeigen.

Löw interveniert in aktuelle globalisierungskritische Debatten und weist mit Nachdruck auf Leerstellen in jenen Theorierichtungen hin, zu denen sich die postkoloniale Theorie seit ihrer Entstehung stets in einem ebenso produktiven wie spannungsvollen Verhältnis befindet: der marxistischen Theorie, der Dekonstruktion sowie der feministischen Theorie.

Ausgehend von Spivaks Diagnose, dass die weibliche Subalterne seit dem formalen Ende des Kolonialismus nicht außerhalb, sondern im Zentrum der Globalisierung – von Spivak als vollständige Monetarisierung des Globus verstanden – steht, untersucht Löw vier Themenfelder, die sich um die Subalterne aufspannen: die Frage nach dem Verhältnis von Repräsentation und Subalternität, die marxistische Arbeitswerttheorie, die Aneignung von indigenem Wissen und Biodiversität im globalen Süden sowie ein transnationaler Menschenrechtsdiskurs. Dabei steht aus einer erkenntnistheoretischen Perspektive stets die Frage im Mittelpunkt, welche eurozen-

trischen Prämissen in den diesbezüglichen Debatten zu erkennen sind, wenn sie mit den postkolonial-feministischen Überlegungen Spivaks gegengelesen werden. Ihr Ziel ist es darüber hinaus, insbesondere für die Politikwissenschaft aufzuzeigen, welche „Erweiterungen und Verschiebungen sich im Hinblick auf eine kritische Auseinandersetzung mit aktuellen Globalisierungs- und Rekolonialisierungsprozessen ergeben“ (16), wenn das Verhältnis zwischen europäischem Kolonialismus und Imperialismus und westlicher Theorieproduktion reflektiert wird.

In einem ersten Schritt skizziert Löw überblickshaft die nunmehr dreißig Jahre währende Auseinandersetzung Spivaks mit feministischer Theorie und gibt den LeserInnen das theoretische Rüstzeug an die Hand, das zum Verständnis von Spivaks Schriften unerlässlich ist. So wird hier anhand des Diskurses um Bevölkerungspolitik der Terminus der „epistemischen Gewalt“ als eine zentrale Begrifflichkeit der Spivakschen Theorie exemplarisch eingeführt. Ebenso wird eine dekonstruktivistische Lektüre im Anschluss an Derrida vorgestellt und ihre kritische Aneignung durch Spivak erläutert (Kap. 2).

Danach zeigt Löw anhand der vier genannten Themenkomplexe auf, wie die Lebenswelt der Subalternen innerhalb der westlichen Theorieproduktion systematisch ausgeblendet wird (Kap. 3). Besonders interessant ist hierbei die Auseinandersetzung mit den Spivakschen Überlegungen zur Aneignung von Wissen und Natur des globalen Südens sowie zur Reproduktionsfähigkeit von Frauen. Sie werden im deutschsprachigen Raum noch äußerst verhalten rezipiert, beinhalten allerdings wichtige Anstöße für die Medizinethik oder die Diskussion um Bevölkerungspolitik. Ebenso hilfreich sind Löws Ausführungen zu transnationalen Menschenrechtsdiskursen und der Darstellung von Spivaks Gedanken zum Verhältnis von transnational agierenden NGOs und postkolonialen Staaten.

In der abschließenden Betrachtung findet sich sodann ein Entwurf zu „Konturen für eine postkolonial-feministische Analyse der Gegenwart“ (293), der neben der umfangreichen Rekonstruktion des Spivakschen Denkens bedauerlicherweise verhältnismäßig kurz ausfällt. Wünschenswert wäre es gewesen, wenn Löw an dieser Stelle ausführlichere Perspektiven dafür aufgezeigt hätte, wie die untersuchte Theorie für weitere Überlegungen nicht nur der feministischen Politikwissenschaft produktiv gemacht werden kann. Gleichwohl stellt Löws Studie einen wichtigen Beitrag für die Auseinandersetzung mit Spivaks Theorie im deutschsprachigen Raum dar und liefert durch ihre Hinweise auf Leerstellen in globalisierungskritischen Diskursen wichtige Impulse nicht nur für die postkoloniale Theoriebildung, sondern auch für globalisierungskritische Bewegungen.

Löw, Christine. 2009: Frauen aus der Dritten Welt und Erkenntniskritik? Die postkolonialen Untersuchungen von Gayatri C. Spivak zu Globalisierung und Theorieproduktion. Sulzbach/Taunus: Ulrike Helmer Verlag, 305 S., ISBN 978-3-89741-293-4.

Gabriele Winker, Nina Degele

Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten

STEFAN PAULUS

Das Konzept der Intersektionalität ist auf dem besten Weg, zu einem neuen Paradigma in der Geschlechterforschung zu werden. Nimmt man die Anzahl der in den letzten Jahren erschienen Artikel, Bücher oder Konferenzen zum Thema Intersektionalität als Referenz, lässt sich diese Aussage wahrlich bekräftigen. Das Buch von Gabriele Winker und Nina Degele kann in diesem Zusammenhang als Einführung in das Thema Intersektionalität verstanden werden.

Zu Beginn beschreiben Winker und Degele die Entwicklung des in den 1970er Jahren im Umfeld eines „Black Feminism“ entstehenden Ansatzes der Mehrebenenanalyse bis hin zu den aktuellen Debatten zur Intersektionalität in den Gender und Queer Studies (11ff.). Die Autorinnen fragen, wie sich die verschiedenen Ebenen und Bestimmungsfaktoren von sozialer Ungleichheit, wie Klassismen, Heteronormativismen, Rassismen oder Bodyismen darstellen und verbinden lassen. Sie weisen darauf hin, dass bei intersektionalen Ansätzen noch weitgehend Konzepte fehlen, wie Ebenen und Bestimmungsfaktoren miteinander in Beziehung gesetzt werden können.

Für das wohlbekannte Problem, Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Instanzen und Ebenen zu bestimmen, schlagen Winker und Degele mit ihrem Ansatz eine Methode vor, welche die Wechselwirkungen empirisch erfassbar macht. Die Autorinnen plädieren in ihrem methodologischen Teil des Buches für eine Kombination von induktiver (überraschungsoffener) und deduktiver (theoriegeleiteter) Forschung. Damit ist gemeint, dass sich nicht aus der Theorie einfach empirisch überprüfbare Hypothesen ableiten lassen, sondern dass erst Theoreme hergestellt werden müssen, die als ein theoretisches Raster zu verwenden sind, um Hypothesen anhand empirischer Beobachtungen zu bestätigen oder zu verwerfen. Diese heuristische Herangehensweise bedeutet, dass eine bekannte Einheit auf Grund ihrer Ähnlichkeit benutzt werden kann, um das Verständnis über eine unbekannte Einheit zu erweitern (68ff.). Das intersektionale Handwerk besteht darin, durch sein methodologisches Modell Wechselwirkungen, verschiedene Formen und Verschiebungen von Kategorien, Ebenen und Elementen innerhalb der Gesellschaftsformation konzeptuell einzufangen sowie Widersprüche empirisch zu rekonstruieren. Aufgrund dieser Überlegungen zur Darstellung von Wechselwirkungen unterscheiden die Autorinnen analytisch sechs mögliche Verbindungen zwischen der Subjektebene, die als Identitätsebene (I) klassifiziert wird, zwischen der Symbolebene, die als Repräsentationsebene (R) benannt wird und der Strukturebene (S). Je nach betrachteter Wirkungsrichtung ergibt sich folgendes Analyseraster für verschiedene Ebenen im Feld sozialer Praxen: $I \rightarrow R$, $R \rightarrow I$, $S \rightarrow R$, $R \rightarrow S$, $S \rightarrow I$ und $I \rightarrow S$. „Je nach untersuchter Richtung und Ebene können Wechselwirkungen – das steckt auch bereits im Begriff

– ein widersprüchliches Bild ergeben“ (73). Dies methodisch in der Geschlechterforschung umzusetzen war bisher ein Novum.

Zusammenfassend ergibt sich folgende Theorie zur intersektionalen Analyse: Die Verfasserinnen berücksichtigen gesellschaftliche Sozialstrukturen inklusive Organisationen und Institutionen, sowie subjektive Prozesse der Identitätsbildung als auch die kulturelle Symbolebene, welche als Repräsentation beschrieben wird. Der Fokus hierbei liegt nicht auf den Ebenen allein, sondern auf den Wechselwirkungen und den Prozessen zwischen den Ebenen. Diese Überlegungen verdeutlichen drei zentrale Momente innerhalb einer intersektionalen Vorgehensweise: „Erstens müssen wir Wechselwirkungen hinsichtlich der Wirkungsrichtungen und der zueinander in Beziehung gesetzten Ebenen unterscheiden. Zweitens können wir nicht von einer Gleichförmigkeit der Wirkungen ausgehen, sondern müssen Widersprüche und Gegenläufigkeiten berücksichtigen. Drittens müssen wir auch und gerade solche Widersprüche und Gegenläufigkeiten empirisch spezifizieren und konkretisieren, um daraus im Idealfall Verallgemeinerungen ableiten zu können“ (77).

Die Autorinnen demonstrieren im empirischen Teil des Buches anhand von 13 narrativen Interviews, welche mit Hilfe von Studierenden und Mitarbeiterinnen ihrer Intersektionalitäts-Seminare 2007 ausgewertet wurden, die Mehrebenenanalyse schrittweise am Beispiel von Erwerbslosigkeit.

Dieser Ansatz bietet somit nicht nur ein neues Konzept für Gender und Queer Studies, sondern er bietet auch die Möglichkeit, in größeren Zusammenhängen zu denken und somit den Blickwinkel für eine verallgemeinerte Handlungsfähigkeit zu schärfen: Wer die Verwobenheit unterschiedlicher Unterdrückungsmechanismen begreift, kann gemeinsam gesellschaftliche Lebensverhältnisse erweitern.

Gabriele Winker, Nina Degele, 2009: Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten. Bielefeld: Transcript, 166 S., ISBN ,978-3-8376-1149-6.

Diana Auth, Eva Buchholz, Stefanie Janczyk (Hg.)

„Selektive Emanzipation“. Analysen zur Gleichstellungs- und Familienpolitik

CLARISSA RUDOLPH

Durch die Familien- und Vereinbarkeitspolitik von Ursula von der Leyen in der großen Koalition von 2005-2009 schienen traditionelle Themen und Forderungen der Frauenpolitik plötzlich in der Politik präsent und damit in der „Mitte der Gesellschaft“ angekommen zu sein. Eine Kritik von Feministinnen an ihrer Politik erklang infolgedessen, wenn überhaupt, nur recht zaghaft.

Hier setzt der von *Diana Auth*, *Eva Buchholz* und *Stefanie Janczyk* herausgegebene Sammelband an, der auf eine Tagung des „Arbeitskreises Politik und Geschlecht“ in der DVPW im Herbst 2008 zurückgeht. Schon der Titel „Selektive Emanzipation“ weist auf die Hauptthese der Herausgeberinnen hin, nämlich „dass die familien- und gleichstellungspolitischen Reformen in Deutschland und anderen europäischen Ländern nicht für alle Frauen gleichermaßen Chancengleichheit und mehr Wahlfreiheit bedeuten“ (8). Dieser These wird im Buch im drei Themenblöcken nachgegangen: der erste beschäftigt sich mit der politischen Gleichstellung und Gleichstellungspolitik, der zweite fragt, ob denn nun Familienpolitik als Gleichstellungspolitik fungiere und im dritten Block werden die europäischen Dimensionen in den Blick genommen.

Zunächst zeichnet *Julia Lepperhoff* überzeugend die zunehmende Marginalisierung von Gleichstellungspolitik durch den Verlust eines übergreifenden Genderansatzes und durch die Konzentration auf familienpolitische Anliegen nach. Die Verengung gleichstellungspolitischer Anliegen wird zudem durch die praktizierte, oftmals unterkomplexe und undifferenzierte Antidiskriminierungsstrategie des BMFSFJ unterstützt: Geschlechterdiskriminierung wird durch den additiven Ansatz zu einer Kategorie unter vielen. Insgesamt, so Lepperhoff, fehlt ein „gesellschaftspolitischer Regulierungsanspruch“, vielmehr kommt es zu einer „marktbezogenen Individualisierung und Fortschreibung geschlechtsbezogener und sozialer Ungleichheit“ (40). Wie sich diese Ungleichheiten äußern, wird vor allem in den Beiträgen von *Hanne Martinek*, *Lisa Haller* und *Claudia Bogedan* deutlich. Die Ausgangsfrage des Beitrags von *Martinek* lautet, ob das Elterngeld „die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen ermöglicht“ und ob dabei „die soziale Ungleichheit zwischen Frauen verstärkt, ob die Möglichkeit zu finanzieller Unabhängigkeit also allen Frauen gewährt wird oder nicht“ (152). Anstatt aber die unterschiedlichen Lebensrisiken, die sich bei Frauen verschiedener Gruppen und Klassen finden, differenziert aufzufangen, werden durch die Elterngeldregelungen die bestehenden Ungleichheiten eher verstärkt: Während Frauen mit erfolgter Arbeitsmarktintegration, dabei auch Geringverdienerinnen, in ihrer finanziellen Eigenständigkeit eher unterstützt werden, werden andere ausgeschlossen. Dies sind insbesondere Frauen mit Migrationshintergrund oder erwerbslose Frauen – eine Entwicklung, die durch die vom Bundeskabinett verabschiedete Neuregelung, dass Hartz IV-EmpfängerInnen zukünftig vom Bezug des Elterngeldes ausgeschlossen werden sollen, weiter betrieben wird. Auch *Haller* zeigt widersprüchliche Wirkungen des neuen Unterhaltsrechts auf: So ist zwar grundsätzlich das implizierte Bemühen um eine stärkere Erwerbsintegration von Frauen und die damit verbundene potentielle Unabhängigkeit zu begrüßen. Allerdings, so Haller, bleiben die Übernahme und Bedingungen der sog. Reproduktionsarbeit ungeklärt, was sich überwiegend zu Lasten von Frauen niederschlägt. Auch die Bedingungen von Erwerbsarbeit müssten weiter thematisiert und verbessert werden. Im Kontext der aktuellen Arbeitsmarktpolitik findet diese Auseinandersetzung aber eher nicht statt, wie *Bogedan* aufzeigt. Vielmehr werden Gleichstellungszielen

anderen Politikzielen untergeordnet. Frauenerwerbstätigkeit weitet sich zwar aus, verstärkt aber eher soziale Ungleichheiten unter Frauen.

Demgegenüber befassen sich *Doris Urbanek* und *Jörg Nowak* eher mit Diskursen über Politik: Während *Urbanek* sich mit der Integration von intersektionellen Perspektiven und Handlungsoptionen am Beispiel verschiedener politischer Debatten befasst und dabei zeigt, dass diese kaum erfolgt, zeichnet *Nowak* die derzeitige Dominanz von liberalen und konservativen Positionen im Geschlechterdiskurs nach. Er fordert die „Rekonstruktion eines linken Feminismus“ (146) und dringt in diesem Kontext auf die Zusammenarbeit mit Bündnispartnern, wie z.B. den Gewerkschaften. Dies klingt sympathisch, verkennt aber, dass sich große Teile in den Gewerkschaften bisher nicht durch feministische Bekenntnisse und Aktionen hervorgetan haben.

Katharina C. Spiess stellt die methodischen und inhaltlichen Grundlagen der systematischen Evaluation der deutschen Familienpolitik vor, wie sie zukünftig erfolgen soll. Problematisch erscheint dabei zum einen, dass diese Evaluation rein quantitativ erfolgt und sich zum anderen ausschließlich an den Zielen der Bundesregierung orientiert. Das ist sicherlich von den Interessen des Auftragsgebers der Evaluation (BMFSFJ) abzuleiten, gleichwohl wäre im Kontext dieses Sammelbands eine kritischere Auseinandersetzung mit Zielen und Fragestellungen wünschenswert gewesen.

Im dritten Block werden die Debatten um die europäische Dimension erweitert und versucht, die teilweise parallelen (*Rüling* und *Leitner*) bzw. unterschiedlichen (*Leitner* und *Szikra*) Entwicklungen mit den spezifischen wohlfahrtsstaatlichen Arrangements der untersuchten Länder zu erklären. Es scheint, als sei – trotz aller gesellschaftlichen und politischen Transformationsprozesse – die Pfadabhängigkeit gerade im Bereich der Geschlechterverhältnisse und Familienleitbilder so stark, dass sie über die jeweiligen Neugestaltungen einzelner Politikbereiche insgesamt weitgehend Bestand haben.

Dass an diesem Befund und den daraus resultierenden Fragen – warum ist das so; wie lässt sich das verändern? – nicht weiter angesetzt wird, ist schade. Die einzelnen Beiträge bieten überwiegend gute Analysen, deren Befunde sich jedoch teilweise doppeln. Gerne hätte man mehr erfahren über die zu vermutenden Folgen der vor allem widersprüchlichen Entwicklungen, die sich in erster Linie in sozial ungleichen Wirkungen niederschlagen und auch darüber, welche Perspektiven denn nun infolgedessen für die schwarz-gelbe Koalition zu erwarten sind. So bündelt dieser Sammelband die mittlerweile durchaus zahlreiche Kritik an der Gleichstellungs- und Familienpolitik der großen Koalition und enthält differenzierte, kenntnisreiche Analysen einzelner politischer Maßnahmen und Regelungen im Bereich der Familien- und Gleichstellungspolitik. Ein Buch, das neue gleichstellungspolitische und feministische Handlungs- und Kritikperspektiven eröffnet, ist es nur bedingt.

Diana Auth, Eva Buchholz, Stefanie Janczyk (Hg.), 2010: „Selektive Emanzipation“. Analysen zur Gleichstellungs- und Familienpolitik, Verlag Barbara Budrich, Opladen & Farmington Hills, 254 S., ISBN 978-3-86649-254-7.

Christine Eifler, Ruth Seifert (Hg.)

Gender Dynamics and Post-Conflict Reconstruction

RITA SCHÄFER

In den letzten Jahren zeigten internationale und interdisziplinäre Forschungsprojekte auf, dass Gender-Analysen zum Verständnis von Kriegen und komplexen Nachkriegsdynamiken notwendig sind. Gleichzeitig gibt es noch immer etliche Forscher, die Gender-Aspekte komplett ignorieren, wie beispielsweise die alljährlichen Friedensgutachten von fünf führenden deutschen Forschungsinstituten zeigen. Die Defizite einer solchen Ignoranz sind unübersehbar, wenn man den Sammelband „Gender dynamics and post-conflict reconstruction“ von Christine Eifler und Ruth Seifert liest. Dieses Buch ist beispielhaft für den Erkenntnisgewinn der Gender-Forschung über Kriege und für die internationale Vernetzung hiesiger Wissenschaftlerinnen.

Die Regensburger Professorin *Ruth Seifert*, die eng mit Wissenschaftlerinnen im Kosovo kooperiert und selbst an der Universität Prishtina lehrt, gibt mit ihrem konzeptionell und theorieorientierten Artikel das hohe Niveau vor, das die Richtschnur für alle anderen Beiträge ist. Sie reflektiert über geschlechtsspezifische Subjektivität und gesellschaftliche Prozesse vor, während und nach Kriegen. Ihre konzeptionellen Überlegungen zu Geschlechterbeziehungen, Gender-Identitäten und Gender-Diskursen greifen die insgesamt fünfzehn Autorinnen mehrheitlich auf. Zu ihnen zählen Doktorandinnen, die im Rahmen eines vom Gunda-Werner Institut finanzierten Graduiertenprogramms an der Universität Bremen promoviert haben und insbesondere von Christine Eifler betreut wurden. Ihre empirischen Forschungen führten sie unter anderem in Südosteuropa durch.

Der immer wieder geforderte internationale Wissenschaftsdialog wird in diesem Sammelband vorbildlich eingelöst. Zahlreiche Autorinnen aus dem Kosovo kommen zu Wort; ihre Beiträge gewähren Einblicke in die dortige Forschungslandschaft. So stellt die Soziologin *Vjollca Krasniqi*, die an der Universität in Prishtina lehrt, ihre Forschungsergebnisse über die Gender-Politik im Nachkriegskontext vor. Im Detail weist sie nach, dass die Interdependenzen zwischen internationalen Gender-Diskursen, die im Rahmen der Friedensmissionen und Wiederaufbauprogramme oktroyiert wurden, und lokalen neotraditionalen männlichen Dominanzansprüchen die Geschlechterhierarchien verstärkten und Frauen gesellschaftlich marginalisierten.

Remzije Istrefi und *Ariana Qosaj-Mustafa*, beide sind Juristinnen und Menschenrechtsexpertinnen, dokumentieren die Ausmaße und negativen gesellschaftlichen Folgen des Frauenhandels im Kosovo; dabei decken sie die Verwicklungen staatlicher Institutionen und internationaler Organisationen in kriminelle Machenschaften auf. Auch ihr Beitrag belegt, wie tief die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit internationaler Gender-Politik ist.

Das zweite Länderbeispiel des Buches ist Bosnien-Herzegowina. Während die Bremer Doktorandin *Anne Jenichen* die dortigen Advocacy-Prozesse lokaler Frauenor-

ganisationen zur Einführung der Gleichstellungsleitlinien und Frauenquoten analysiert, ergründen die Gender-Expertin *Elissa Helms* und der Maskulinitätsforscher *Stef Janssen* die nationalistische Rhetorik zur Familienplanung. Sie kommen zum Ergebnis, dass die politische Propaganda vom Bevölkerungsschwund und der daraus resultierende Druck auf Frauen, Kinder zu gebären, nicht im Geringsten den realen Geburtenraten im Nachkriegskontext entsprachen.

Maskulinitätskonstrukte in Kroatien, dem dritten Länderbeispiel aus Südosteuropa, stehen im Untersuchungsmittelpunkt von *Michaela Schäuble*, die ebenfalls in Bremen promoviert. Sie durchleuchtet die nationalistischen Diskurse, die auf die Verteidigung des Vaterlandes und glorifizierte Männlichkeit setzten und damit die Kampfbereitschaft von Männern mobilisierten. Zudem erklärt sie, wie Männer, die durch wirtschaftliche und politische Umbrüche in ihrem Rollen- und Selbstbild verunsichert waren, neue Orientierungen und Zusammenhalt mit Gleichgesinnten im gemeinsamen Kampf suchten. Auch lange nach dem offiziellen Kriegsende wurden die Kämpfer als Helden der kollektiven Landesverteidigung glorifiziert, was sich sogar in Kritik an der beantragten EU-Mitgliedschaft als Landesverrat niederschlug. Alle Fallstudien verdeutlichen, wie Gender-Konstrukte zeit- und länderspezifisch mit politischen Zusammenhängen verwoben sind und von den jeweiligen Machthabern zur Durchsetzung ihrer partikularen – und oftmals nationalistischen – Interessen gezielt manipuliert werden. Dem versuchen Frauenorganisationen mancherorts vehement gegenzusteuern. Gerade weil die EU in südosteuropäischen Ländern direkten und indirekten Einfluss auf die dortige politische Entwicklung nimmt, sind Studien notwendig, die diese Prozesse analysieren und Alternativen vorschlagen. Dieser Sammelband trägt auf hohem Reflexionsniveau und durch den innereuropäischen Wissenschaftsaustausch dazu bei; deshalb sei er auch den zahlreichen Mainstream-Friedensforschern zur Lektüre empfohlen.

Christine Eifler, Ruth Seifert (Hg.), 2010: *Gender Dynamics and Post-Conflict Reconstruction*. Frankfurt a.M.: Peter Lang Verlag, 298 S., ISBN 978-3-631-56058-7.

Gundula Ludwig, Birgit Sauer und Stefanie Wöhl (Hg.)

Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie

THOMAS SCHMIDINGER

Angesichts der Krise von Staatlichkeit rückte der Staat in den letzten Jahren wieder in den Mittelpunkt politikwissenschaftlicher Theoriebildung und gewann damit auch in feministischen Ansätzen der Politikwissenschaft zunehmend an Bedeutung. In

„Staat und Geschlecht“, in der derzeit wohl bedeutendsten staatstheoretischen Reihe im deutschsprachigen Raum erschienen, wird eine breite Palette feministischer Ansätze zur Staatstheorie vorgestellt. Grundlagen feministischer Staatskritik vermitteln *Gabriele Wilde* mit ihrem Beitrag zum Geschlechtervertrag als Bestandteil moderner Staatlichkeit, *Eva Kreisky* und *Marion Löffler* mit ihrer Beschäftigung mit dem Thema Maskulinismus und Staat sowie *Birgit Sauer* mit Überlegungen zur Transformation von Staatlichkeit. *Gundula Ludwig* unterbreitet Vorschläge zur Theoretisierung des Verhältnisses von modernem Staat und vergeschlechtlichter Subjektconstitution. *Elisabeth Holzleithner* geht der Frage nach, ob Recht und Staat Gegner oder Verbündete im Bemühen um Geschlechtergleichstellung darstellen. In einem zweiten Teil fächern *Gülay Çağlar*, *Stefanie Wöhl*, *Sabine Lang*, *Alexandra Scheele*, *Susanne Schultz* und *Friederike Habermann* aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie in den Bereichen Ökonomie, EU, Wohlfahrtsstaat und Fortpflanzungspolitik auf.

Eva Kreisky, die bereits bei ihrer These vom Staat als Männerbund verstärkt auf die Sichtbarmachung verschwiegener Geschlechtlichkeit durch eine kritische „Institutionenarchäologie“ fokussiert hat, lenkt in ihrem Beitrag gemeinsam mit Marion Löffler den Blick auf die Frage von Wandel und Kontinuität gegenwärtiger Staatlichkeit. Dabei attestieren Löffler und Kreisky jedoch kein Verschwinden des Maskulinismus in Staat und Politik: „Frauenbewegung, Frauenforschung und Frauenpolitik trugen einiges zum Umbau patriarchaler wie männerbündischer Verhältnisse bei. Diese längst überfälligen Veränderungen wurden aber nicht als nachholende Demokratisierung empfunden, sondern als Symptome einer Krise der Männlichkeit wahrgenommen, und evozierten maskulinistische Abwehrreaktionen.“ (85) Auch wenn ökonomische und politische Veränderungen zu einer Re-Organisation von Geschlechterverhältnissen führen, so sei es unwahrscheinlich, dass diese unter dem Signum voranschreitender Feminisierung verliefen, sondern dass sich vielmehr eine hegemoniale Männlichkeit behaupten werde, die sich unter Modernisierungs- und Globalisierungsdruck re-konstituieren konnte.

Zwar sei für einzelne Männer diese Krise der Männlichkeit unmittelbare Realität, weil etwa der Eintritt in männliche Normalbiographien mit regulärer Erwerbsarbeit und familiären Lebenssphären einer weitgehenden Prekarisierung gewichen sei, so bedeute diese prekäre Männlichkeit kein Ende hegemonialer Männlichkeit. Im Gegenteil: Neoliberaler und (neo-)konservativer Staatsabbau zerstört lediglich sozialstaatliche Grundrechte. „Die repressiven Branchen von Staatlichkeit, Polizei und Militär dagegen werden aufgewertet, aufgerüstet und von privaten Sicherheits- und Militärfirmen unterstützt.“ (86) Die neuen globalen (Un-)Sicherheitsregime würden wichtige Arenen für die Formation neuer männlicher Eroberertypen, Börsianer oder Politmanager darstellen. Kreisky und Löfflers Analyse ist mit neo-poulantianischen Ansätzen kompatibel, die nicht von einem Verschwinden, sondern von einer Transformation und Internationalisierung von Staatlichkeit ausgehen, die wiederum nicht ohne eine damit verbundene Transformation der Geschlechtlichkeit des Staates gedacht werden kann. Ihr Befund, dass damit ein neuer Maskulinismus

„im Sinne einer ideologischen Überhöhung von Männlichkeit zu verzeichnen“ (86) wäre, kann dazu allerdings nur eine erste Überlegung darstellen. Immerhin halten die Autorinnen selbst fest, dass die „Re-Organisation von Geschlechterverhältnissen und die Re-Konfiguration hegemonialer Männlichkeit [] bisher noch unzureichend in feministische Staatstheorien integriert“ (86) wurden.

Die damit aufgezeigte Leerstelle kann auch in anderen Beiträgen dieses Bandes nicht gefüllt werden. Immerhin gelingt es Birgit Sauer überzeugend darzustellen, dass auch das vermeintliche, unter dem Begriff der *Governance* vorgestellte „Regieren ohne Regierung“ nicht als „post-nationale Demokratieform“ idealisiert werden kann, sondern vielmehr „eine neuartige Form der Artikulation sozialer Machtverhältnisse – auch von Geschlechterverhältnissen – in einer globalisierten Welt“ (116) darstellt.

Konkreter werden solche Transformationsprozesse v.a. im zweiten Teil des Buches von Stefanie Wöhl im Bezug auf die Europäische Union oder von Sabine Lang in Hinblick auf den Strukturwandel transnationaler Frauenbewegung beleuchtet. Viele der von Kreisky und Löffler am Ende ihres Beitrags aufgeworfenen Fragen bedürfen jedoch noch weiterer Forschung und Verknüpfung empirischer Forschungsergebnisse mit feministischen Ansätzen in der Staatstheorie.

Susanne Schultz' Beitrag zur Fortpflanzungspolitik, in dem sie herausarbeitet, dass es „in moderner Biopolitik [] strukturell angelegt [ist], dass die Geschlechterdimension auf eine individualisierende, körperpolitische Mikroebene reduziert ist“ (193) bietet dazu ebenso Ansätze wie Gülay Çağlars Überlegungen zum Staatsverständnis in der feministischen Ökonomie und der Global Governance-Forschung oder Stefanie Wöhls Arbeit über die Geschlechterpolitik der EU.

Nach Lektüre aller Beiträge ergibt sich trotz dieser Leerstellen ein guter Überblick über aktuelle feministische staatstheoretische Debatten und Themen im deutschsprachigen – teilweise auch im anglo-amerikanischen – Raum. Zugleich zeigt der Band jedoch auch, dass feministische Theoriebildung in der Politikwissenschaft weiterhin (fast?) ausschließlich auf das Interesse weiblicher Kolleginnen stößt. Während sich in anderen Bänden der Nomos-Reihe „Staatsverständnisse“ zu über Dreiviertel männliche Theoretiker politik- und rechtswissenschaftlich mit dem Staat auseinandersetzen, finden sich in „Staat und Geschlecht“ ausschließlich weibliche Autorinnen. Umso wichtiger bleibt deshalb die Beschäftigung nicht nur mit dem Maskulinismus des Staates selbst, sondern auch seiner Theoretisierung. In diesem Sinne wäre die von Eva Kreisky bereits in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre eingeforderte „Institutionenarchäologie“, die versteckte Männlichkeit sichtbar macht und damit dechiffriert, auch in der institutionalisierten Politikwissenschaft immer noch zu leisten.

Gundula Ludwig, Birgit Sauer, Stefanie Wöhl (Hg.) (2009): Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie. (Staatsverständnisse Bd. 28). Baden-Baden: Nomos, 217 S., ISBN 978-3-8329-5034-7.

Bücher, die zur Rezension angefordert werden können

Brentano, Margherita von/**McLaughlin**, Peter, 2010: Akademische Schriften. Göttingen: Wallstein. 544 S., ISBN 978-3-8353-0613-4.

Brentano, Margherita von/**Nachum**, Iris/**Neiman**, Susan, 2010: Das Politische und das Persönliche. Eine Collage. Göttingen: Wallstein. 512 S., ISBN 978-3-8353-0614-1.

Chandler, Robin/**Fuller**, Linda K./**Wang**, Lihua (Hg.), 2010: Women, War, and Violence: Personal Perspectives and Global Activism. Personal Perspectives and Global Activism. New York: Palgrave Macmillan, ISBN 978-3-8360-8710-0.

Enloe, Cynthia, 2010: Nimo's War, Emma's War: Making Feminist Sense of the Iraq War. Making Feminist Sense of the Iraq War: University Presses of California, Columbia and Princeton, 320 S., ISBN 978-0-520-26078-8.

Funk, Julika/**Gramespacher**, Elke/**Rothäusler**, Iris, 2010: Dual Career Couples in Theorie und Praxis. Opladen: Barbara Budrich, 220 S., ISBN 978-3-86649-272-1.

Halwachs, Inga, 2010: Frauenerwerbstätigkeit in Geschlechterregimen. Großbritannien, Frankreich und Schweden im Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 266 S., ISBN 978-3-531-17444-0.

Kaufman, Joyce P./**Williams**, Kristen P., 2010: Women and war. Gender identity and activism in times of conflict. Sterling, VA: Kumarian Press, ISBN 978-1-565-49309-4.

Latzel, Klaus/**Maubach**, Franka/**Satjukow**, Silke (Hg.), 2010: Soldatinnen. Gewalt und Geschlecht im Krieg vom Mittelalter bis heute. Schöningh: Paderborn. 344 S., ISBN 978-3-506-76926-8.

Leemann, Regula Julia/**Stutz**, Heidi, 2010: Forschungsförderung aus Geschlechterperspektive. Zugang, Bedeutung und Wirkung in wissenschaftlichen Laufbahnen. Zürich: Rüegger. 240 S., ISBN 978-3-7253-0945-0.

Manske, Alexandra/**Pühl**, Katharina, 2010: Prekarisierung zwischen Anomie und Normalisierung. Geschlechtertheoretische Bestimmungen. Münster: Westfälisches Dampfboot, ISBN 978-3-8969-1228-3.

Maurer, Elisabeth, 2010: Fragile Freundschaften. Networking und Gender in der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung. Frankfurt/M.: Campus. 302 S., ISBN 978-3-593-39179-3.

Riegraf, Birgit/**Aulenbacher**, Brigitte/**Kirsch-Auwärter**, Edit, et al. (Hg.), 2010: Gender Change in Academia. Re-Mapping the Fields of Work, Knowledge, and Politics from a Gender Perspective. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 434 S., ISBN 978-3-5311-6832-0.

Ruppert, Uta/**Jung**, Andrea/**Schwarzer**, Beatrix (Hg.), 2010: Beyond the Merely Feasible. Transnational Women's Movements & Politics Today. Baden-Baden: Nomos. Ca. 250 S., ISBN 978-3-8329-3859-8.

Sjoberg, Laura/**Via**, Sandra, 2010: Gender, War, and Militarism: Feminist Perspectives. Feminist Perspectives. Santa Barbara: Praeger. ISBN 978-0-313-39143-9.

Thiele, Martina/**Thomas**, Tanja/**Virchow**, Fabian (Hg.), 2010: Medien - Krieg - Geschlecht. Affirmationen und Irritationen sozialer Ordnungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 363 S., ISBN 978-3-531-92342-0.

Young, Brigitte/**Scherrer**, Christoph (Hg.), 2010: Gender Knowledge and Knowledge Networks in International Political Economy. Baden-Baden: Nomos. 201 S., ISBN 978-3-8329-5238-9.

